



SCHWERPUNKT: KINDERARMUT	3
(1) ZFF: Zahlen zu Kinderarmut: Problem darf nicht verschleiert werden!	3
(2) AWO: Sinkende Zahl der Kinder im Hartz IV-Bezug noch keine Trendwende	3
(3) Deutscher Kinderschutzbund: Kinderarmut nach wie vor hoch - Deutscher Kinderschutzbund kritisiert Auslegung neuer Arbeitslosenstatistik	3
(4) Fraktion DIE LINKE: Bundesagentur rechnet Kinderarmut klein	4
(5) Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Kinderarmut bleibt die sozialpolitische Herausforderung unserer Zeit	5
(6) SPD-Fraktion: Gesetzlicher Mindestlohn und Ausbau von Kitas und Ganztagschulen vermeiden Kinderarmut	5
NEUES AUS POLITIK, GESELLSCHAFT UND WISSENSCHAFT	6
(7) BMFSFJ: Kristina Schröder: "Wir müssen Familien bessere Zeiteinteilung ermöglichen" / Hierzu kommentiert das ZFF	6
(8) BMFSFJ: Bundesfamilienministerin Schröder startet Europäisches Jahr 2012 in Berlin	7
(9) Bertelsmann Stiftung: Kinderarmut: Unter Dreijährige besonders stark betroffen - Große Unterschiede zwischen den Bundesländern und Regionen - Ost-West-Gefälle verringert sich / Hierzu kommentiert das ZFF	8
(10) Statistisches Bundesamt: Kinder unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund seltener in Kindertagesbetreuung	9
(11) Statistisches Bundesamt: Zahl der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gestiegen	10
(12) Im Bundestag notiert: Sprachförderung	10
(13) Bundestag: Regierung: Bevölkerung geht laut Modellberechnungen bis 2060 auf 65 bis 70 Millionen zurück	10
(14) Bundestag: Ministerin Schröder präsentiert Vorhaben für 2012	11
INFOS AUS ANDEREN VERBÄNDEN.....	12
(15) AWO Sozialbarometer: Mehrheit findet Deutschland familienunfreundlich	12
(16) AWO: Kinder mit Migrationshintergrund selten in Kinderbetreuung	12

ZFF-INFO NR. 03/2012
07.02.2012

(17)	djb: 10 Jahre Gewaltschutzgesetz - häusliche Gewalt ist keine Privatsache mehr	13
(18)	BAGSO: Altersgrenzen haben in einem Europäischen Jahr für aktives Altern keinen Platz!	14
(19)	BAGSO und FfG: Aktives Altern – ein Gewinn für den Einzelnen und für die Gesellschaft	14
(20)	Verband binationaler Familien und Partnerschaften: Nationaler Aktionsplan Integration bleibt hinter Realität zurück	15
(21)	Deutscher Frauenrat: Rechtsanspruch auf Betreuungsplatz darf nicht auf der Strecke bleiben	15
ZURÜCK		15
(22)	UNICEF: Deutschland kindergerechter gestalten	16
TERMINE UND VERANSTALTUNGEN		16
(23)	BMFSFJ und BDA Tagung 'Familienbewusste Arbeitszeitorganisation der Zukunft'	16
(24)	FES: Vater Morgana? - Veranstaltung zu "5 Jahre Elterngeld"	16
(25)	DGD-Jahrestagung 2012: Wiederanstieg oder Stagnation der Geburtenrate?	17

Schwerpunkt: Kinderarmut

(1) ZFF: Zahlen zu Kinderarmut: Problem darf nicht verschleiert werden!

Anlässlich der heute bekannt gewordenen Zahlen zur Rückläufigkeit der Kinder, die in Hartz IV leben, erklärt Christiane Reckmann, Vorsitzende des Zukunftsforum Familie e.V.:

"Laut einer Analyse der Bundesagentur für Arbeit ist es den Jobcentern gelungen, mehr Eltern in Beschäftigung zu bringen. Damit sank auch die Zahl der Kinder, die von staatlicher Grundsicherung abhängig waren. Das ist auf den ersten Blick ein sehr erfreuliches Ergebnis.

Es darf dadurch aber nicht verschleiert werden, dass die Kinderarmut in Deutschland weiterhin ein sehr ernstes Problem ist. Viele Kinder leben in prekären Verhältnissen, auch wenn ihre Eltern einen Job haben. Durch die Ausweitung des Niedriglohnssektors können Eltern häufig nicht einmal bei Vollzeiterwerbstätigkeit Entgelte erzielen, die zur ihrer eigenen Existenzsicherung reichen. Außerdem nehmen viele Eltern aus Scham oder Unwissenheit staatliche Leistungen gar nicht in Anspruch, auch hier sind die Kinder die Leidtragenden.

Wir brauchen deshalb dringend eine Politik, die Kinder in den Mittelpunkt stellt. Das ZFF setzt sich seit 2009 in einem Bündnis aus Verbänden und Wissenschaftler/innen für die Einführung einer Kindergrundsicherung ein. Nur so können die Widersprüche im gegenwärtigen Sozialsystem überwunden und Teilhabechancen von allen Kindern und Jugendlichen deutlich verbessert werden."

Quelle: Pressemitteilung Zukunftsforum Familie e.V. vom 26.01.2012

[zurück](#)

(2) AWO: Sinkende Zahl der Kinder im Hartz IV-Bezug noch keine Trendwende

"Die jüngst veröffentlichten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zum Grundsicherungsbezug der unter 15-Jährigen dürfen nicht als eine Trendumkehr verstanden werden", warnt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler." Offensichtlich hätten die Jobcenter in letzter Zeit verstärkt Druck gemacht, so dass alle Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft Jobs annähmen. „Aber damit sind die Familien noch lange nicht aus der Armutsfalle heraus“, so Stadler.

Unklar bleibt auch, welche Rolle in diesem Zusammenhang den familienpolitischen Förderinstrumenten zukommt. Häufig gelingt es Familien nur deshalb statistisch aus dem Grundsicherungsbezug herauszufallen, weil sie zum Beispiel kinderzuschlagsberechtigt sind. „Mit dem Kinderzuschlag werden Familien gezielt aus dem Bezug von SGB-II-Leistungen herausgeholt. Faktisch ändert sich die Armutssituation der Familien jedoch nicht gravierend“, betont der AWO Bundesvorsitzende. Einen dauerhaften Ausstieg aus der Langzeitarbeitslosigkeit gäbe es kaum und selbst wenn er gelingt, könnten diese Personen häufig nur in gering qualifizierte und schlechtbezahlte Tätigkeiten im Niedriglohnbereich vermittelt werden. So gelangten viele Familien nur um wenige Euro über die Grundsicherungsschwelle.

„Insgesamt bleiben auch die aktuellen Zahlen weiter alarmierend“, unterstreicht AWO Bundesvorsitzender Stadler. „Wenn bundesweit nach wie vor jedes 7. Kind im Grundsicherungsbezug steht und in einigen Regionen wie unserer Bundeshauptstadt sogar jedes 3. Kind, können wir also von keiner Trendwende sprechen, sondern müssen der Überwindung von Kinderarmut nach wie vor einen hohen Stellenwert einräumen.“

Quelle: Pressemitteilung AWO Bundesverband e.V. vom 26.01.2012

[zurück](#)

(3) Deutscher Kinderschutzbund: Kinderarmut nach wie vor hoch - Deutscher Kinderschutzbund kritisiert Auslegung neuer Arbeitslosenstatistik

Die heute veröffentlichten Zahlen, nach denen es immer weniger Kinder in Armut gibt, sieht der Deutsche Kinderschutzbund kritisch. Zwar sinkt die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, die Sozialgeld (Hartz IV) beziehen, von 2006 bis 2011 um annähernd 250.000, aber wichtige Aspekte werden nicht beachtet. So ist die Anzahl der Kinder in Deutschland stark rückläufig. Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes: "Seit dem Jahr

ZFF-INFO NR. 03/2012
07.02.2012

2006 gibt es fast 750.000 Kinder unter 15 Jahren weniger in unserem Land. Wenn es also immer weniger Kinder gibt, so ist es keine Überraschung, dass in absoluten Zahlen betrachtet auch immer weniger Kinder von Sozialleistungen leben."

Die Quote der Kinder, die von Sozialgeld (Hartz IV) leben, ist zwischen September 2006 und September 2011 um lediglich 1,5 Prozentpunkte gesunken. Waren 2006 noch 16,6% der Kinder unter 15 Jahren hilfebedürftig, so sind es nach aktuellsten Erhebungen 15,1%. Dies ist zwar eine positive Entwicklung, die derzeitige Berichterstattung irritiert jedoch, da sie einen deutlich stärkeren Rückgang der Kinderarmut suggeriert.

Im Vergleich zum Rückgang der Arbeitslosenquote von 10,8% in 2006 auf 6,6% im September 2011 zeigt sich, dass die Kinderarmut in den vergangenen Jahren bei fallender Konjunktur immer stärker gestiegen ist als die Arbeitslosigkeit. Dies weist auf die strukturellen Probleme hin, die durch den Niedriglohnsektor und dem ungerechten Familienleistungsausgleich entstehen. Jetzt geht die Kinderarmut bei positiver Konjunkturentwicklung deutlich geringer zurück als die Arbeitslosigkeit. Deswegen wird es mittelfristig eine weitere Steigerung der Kinderarmut geben, wenn die grundsätzlichen strukturellen Probleme nicht angepasst werden.

"Kinderarmut ist nach wie vor eines der dringendsten Probleme unserer Gesellschaft" so Heinz Hilgers. "Die Statistik der nicht-erwerbsfähigen Hartz IV-Empfänger unter 15 Jahren reicht nicht aus, um das Ausmaß der finanziell benachteiligten Kinder in unserem Land zu beschreiben. So fehlen die Altersgruppen der 15 bis 18-Jährigen. Betrachtet man alle Kinder und Jugendliche aus Familien, die Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Kinderzuschlag, Wohngeld oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, so ist von über 2,4 Millionen Kindern in Armut auszugehen (dies sind auch die anspruchsberechtigten Kinder für das Bildungs- und Teilhabepaket)" so Hilgers.

Quelle: Pressemitteilung Deutscher Kinderschutzbund e.V. vom 26.01.2012

[zurück](#)

(4) Fraktion DIE LINKE: Bundesagentur rechnet Kinderarmut klein

"Die Bundesagentur für Arbeit operiert mit einseitigen Statistiken und zieht daraus voreilige Schlüsse. Dass weniger Kinder Hartz IV bekommen, sagt für sich genommen wenig über das wirkliche Ausmaß der Kinderarmut in Deutschland aus", erklärt Diana Golze, Leiterin des Arbeitskreises "Arbeit, Gesundheit und Soziales" der Fraktion DIE LINKE, zu Medienberichten, denen zufolge immer weniger Kinder auf Hartz IV angewiesen sind. Golze weiter:

"Angesichts der völlig aus dem Zusammenhang gerissenen Zahlen stellt sich die Frage, ob die Bundesagentur hier versucht, vom Versagen der missglückten Instrumente zur Bekämpfung der Kinderarmut wie dem Kinderzuschlag, dem Bildungs- und Teilhabepaket und den eingefrorenen Kinderregelsätzen bei Hartz IV abzulenken. Dass heute eine Viertelmillion Kinder weniger ALG II bekommen als vor fünf Jahren, ist mitnichten ein Erfolg der Bundesregierung. Die Zahl der unter 15-jährigen insgesamt ist von 2006 bis 2010 um über 500.000 gesunken. Zudem beantragen nicht wenige Eltern lieber den wesentlich geringeren Kinderzuschlag, als sich dem repressiven Hartz IV-System auszusetzen.

All das zeigt, dass sich Fortschritte bei der Armutsbekämpfung nicht in absoluten Zahlen messen lassen, sondern sich nur anhand der Armutsrisikoquote feststellen lassen. Der jüngst veröffentlichte Familienreport 2011 spricht da eine deutliche Sprache. Dem Bericht zufolge ist die Armutsrisikoquote allein in den Jahren 2009 und 2010 von 16 auf über 19 Prozent gestiegen. Jedes fünfte Kind ist mittlerweile von Armut bedroht. Besonders betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden sowie Familien mit mehr als zwei Kindern.

Die Bundesagentur für Arbeit sollte weniger voreilige Schlüsse aus einseitigen Statistiken ziehen und mehr Energie darauf verwenden, gemeinsam mit anderen Akteuren wirkungsvolle Konzepte zur Bekämpfung der Kinderarmut zu entwickeln."

Quelle: Pressemitteilung Fraktion DIE LINKE. im Bundestag vom 26.01.2012

[zurück](#)

(5) Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Kinderarmut bleibt die sozialpolitische Herausforderung unserer Zeit

Zu den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, nach denen die Zahl der Kinder in der Grundsicherung gesunken ist, erklärt Markus Kurth, Sprecher für Sozialpolitik:

Es ist erfreulich, dass die Zahl der unter 15-Jährigen in Hartz-IV-Haushalten leicht zurückgegangen ist. Angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs des vergangenen Jahres ist ein Rückgang um 84.000 Kinder im Sozialgeldbezug jedoch bescheiden. 1,6 Millionen Kinder bleiben mit ihren Familien abhängig von nach wie vor unzureichenden Regelsätzen. Darüber hinaus ist wegen des niedrigen Familieneinkommens jedes sechste Kind in Deutschland von Armut bedroht – so die Zahlen des statistischen Bundesamtes vom August 2011.

Gleichzeitig steht zu fürchten, dass sowohl das Armutsrisiko als auch die Abhängigkeit von Sozialleistungen wieder zunehmen wird: Kürzungen der Eingliederungsmittel für Langzeitarbeitslose, Niedriglöhne, ein nicht bedarfsgerechter Kinderregelsatz sowie ein Bildungs- und Teilhabepaket, das die Kinder nicht erreicht, drohen die Lage wieder zu verschlechtern.

Besorgen muss die Entstehung von regelrechten Armutsregionen. In Städten wie Dortmund und Duisburg oder in strukturschwachen Gegenden wie Schleswig-Holstein Ost ist die Quote der von Armut bedrohten Menschen seit 2005 erheblich angestiegen. Deutschland braucht einen Sozialpakt für einen regionalen Ausgleich, bei dem nicht die Himmelsrichtung, sondern der Bedarf zählt.

Die Bekämpfung von Kinderarmut bleibt die sozialpolitische Herausforderung unserer Zeit.

Quelle: Pressemitteilung Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.01.2012

[zurück](#)

(6) SPD-Fraktion: Gesetzlicher Mindestlohn und Ausbau von Kitas und Ganztagschulen vermeiden Kinderarmut

Anlässlich der neuen Zahlen zu Kinderarmut erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dagmar Ziegler:

Es ist gut, dass die Zahl der armen Kinder gesunken ist. Die Zahlen geben jedoch keinen Anlass, innezuhalten und untätig zu sein.

Gerade die nach wie vor hohen Armutsquoten von Alleinerziehenden sind alarmierend. Ebenso besorgniserregend sind die Bedingungen für Menschen im Niedriglohnsektor. Hier kumulieren schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne zu enormen Belastungen für die betroffenen Familien.

Die SPD hat hier pragmatische und wirkungsvolle Lösungen präsentiert:

Die Vorschläge für das Neue Kindergeld würden Menschen mit niedrigen Erwerbseinkommen helfen. Es sieht ein erhöhtes Kindergeld von bis zu 324 Euro speziell für jene vor, die durch ihr Erwerbseinkommen gerade genug für sich selbst verdienen, nicht aber für ihre Kinder. Gemeinsam mit einem gesetzlichen Mindestlohn könnte das Neue Kindergeld Hunderttausende von Kindern aus Armut befreien.

Um den Kitaausbau zu forcieren, schlagen wir zusätzliche Bundesmittel, einen Krippengipfel und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung zunächst für Alleinerziehende vor. Bundesministerin Schröder müsste nur begreifen und dann zugreifen. Stattdessen schaltet sie auf stur, bleibt untätig und sieht zu, wie die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz scheitert.

Bei den Ganztagschulen sieht es nicht besser aus. Auf dieser Bildungsbaustelle tummelt sich der Bund mit Verweis auf das Kooperationsverbot gar nicht mehr. Deshalb bringen wir heute einen Antrag zur Aufhebung des Kooperationsverbots in den Bundestag ein, um endlich wieder eine bessere Bildungsfinanzierung durch Bund und Länder zu ermöglichen.

Quelle: Pressemitteilung SPD-Bundestagsfraktion vom 26.01.2012

[zurück](#)

Neues aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft

(7) BMFSFJ: Kristina Schröder: "Wir müssen Familien bessere Zeiteinteilung ermöglichen" / Hierzu kommentiert das ZFF

Über 660 Lokale Bündnisse setzen sich in ihrer Kommune für Familien ein / Mehr als 13.000 Akteurinnen und Akteure, darunter über 5.000 Unternehmen, beteiligen sich

Mütter und Väter geraten oft zwischen Beruf und Familienleben unter Druck, weil Arbeitszeiten, Schul- und Betreuungszeiten, Öffnungszeiten der Behörden und des Einzelhandels oder der Fahrplan des öffentlichen Nahverkehrs schwer aufeinander abzustimmen sind. Mehr als 70 Prozent der Eltern geben laut Monitor Familienleben

2011 an, dass die Erleichterung der Vereinbarkeit zu den wichtigsten Aufgaben der Familienpolitik gehört.

"In diesem Jahr beschäftigen wir uns vor allem damit, wie wir Zeitbrücken für Familien bauen und Zeitkonflikte für Eltern vermeiden können", sagte die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, anlässlich der Impulsveranstaltung "Familie zuerst! - Familie und Beruf im Takt"

der Initiative "Lokale Bündnisse für Familie" am kommenden Montag in Berlin.

"Familien brauchen mehr Gestaltungsspielräume, um Familienleben und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Die Lokalen Bündnisse können da eine Schlüsselrolle übernehmen", so Schröder.

"Gerade in der Phase der Familienbildung kommt es für viele berufstätige Eltern zu einer Konkurrenz von Arbeits- und Familienzeit", so Dr. Hans-Peter Klös vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

"Hier ist es wichtig, Eltern auch mit betrieblichen Maßnahmen die Vereinbarkeit zu erleichtern. Die Arbeitszeiten sind dabei ein wichtiger Faktor."

Die über 660 Lokalen Bündnisse für Familie setzen sich in ihrer Kommune für die Familien ein. Zusammen mit Unternehmen, Jobcentern, Kammern, der kommunalen Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden und gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren haben sie schon Tausende Projekte initiiert, die Eltern eine bessere Zeiteinteilung ermöglichen. Die Lokalen Bündnisse beraten unter anderem Unternehmen zum Thema Familienorientierung, so dass Eltern zu flexiblen Arbeitszeiten oder ortsunabhängig arbeiten können. Sie koordinieren Kinderbetreuungsangebote, damit Kinder auch früh morgens, am Nachmittag, in den Ferien oder in Notfällen gut und verlässlich aufgehoben sind.

Die Lokalen Bündnisse sensibilisieren mit Aktivitäten alle Betroffenen vor Ort für das Thema Zeit als zentralen Faktor für das Wohlergehen von Familien. Damit unterstützen sie Eltern und Kinder und verschaffen den Kommunen und der Wirtschaft vor Ort handfeste Vorteile, da der Standort für Arbeitgeber und Beschäftigte attraktiver wird.

Auf der Impulsveranstaltung diskutieren rund 260 Vertreterinnen und Vertreter aus Lokalen Bündnissen gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft neue Ideen, wie Familien mehr Spielräume bei der Gestaltung ihrer Zeit erhalten. Zu den Rednerinnen und Rednern gehörten auch Dr. Hans-Peter Klös, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Mitglied der Sachverständigenkommission zum 8. Familienbericht, und Dr. Dietlind Tiemann, Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg an der Havel und Schirmherrin des Lokalen Bündnisses in der Stadt.

Das Thema Zeit steht auch im Mittelpunkt des bundesweiten Aktionstages der Lokalen Bündnisse, der alljährlich am 15. Mai, dem Internationalen Tag der Familie, stattfindet.

Hintergrund

Die Initiative "Lokale Bündnisse für Familie" wurde Anfang 2004 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ins Leben gerufen.

Derzeit engagieren sich mehr als 13.000 Akteurinnen und Akteure, darunter über 5.000 Unternehmen, in rund 5.200 Projekten. 663 Lokale Bündnisse sind in der Initiative bereits aktiv (Stand 31.01.2012). In den Kreisen, Städten und Gemeinden mit einem Lokalen Bündnis leben rund 56 Millionen Menschen. Das Bundesfamilienministerium hat eine Servicestelle eingerichtet, die den Aufbau und die Weiterentwicklung der Lokalen Bündnisse bundesweit koordiniert und unterstützt. Die

ZFF-INFO NR. 03/2012
07.02.2012

Servicestelle wird aus Mitteln des Bundesfamilienministeriums und des Europäischen Sozialfonds finanziert.

Weitere Informationen finden Sie unter www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de und unter www.bmfsfj.de.

Quelle: Pressemitteilung BMFSFJ Internetredaktion Nr. 12 vom 03.02.2012

Hierzu kommentiert das ZFF:

Bundesfamilienministerin Schröder machte auf der gestrigen Impulsveranstaltung der Lokalen Bündnisse klar, dass sie den in Bälde veröffentlichten Achten Familienbericht zum Thema „Zeit für Verantwortung in der Familie“ als Handlungsauftrag für Bund, Länder und Gemeinden versteht. Gleichzeitig betonte sie allerdings, dass Politik alleine die Zeitnot von Familien nicht lösen könne. Sie sah insbesondere die Taktgeber im Lebensumfeld, also Kommunen und Unternehmen, in der Verantwortung. Worin die Verpflichtung des Bundes besteht, führte sie hingegen nicht aus. Änderungen im Arbeitsrecht und bei den Arbeitszeiten fanden, außer als Appell an die Arbeitgeber, freiwillig mehr vollzeitnahe Teilzeitplätze anzubieten, keine Erwähnung. Ihr Vorschlag, „Zeitbrücken“ zu bauen statt den täglichen „Drahtseilakt“ zu vollführen, klingt gut. Nur mit Appellen an freiwillige Maßnahmen wird sich die Arbeitswelt in Deutschland allerdings nicht grundlegend hin zu mehr Familienfreundlichkeit wandeln.

[zurück](#)

(8) BMFSFJ: Bundesfamilienministerin Schröder startet Europäisches Jahr 2012 in Berlin

Nationale Auftaktveranstaltung für das Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen

Mit einer nationalen Auftaktveranstaltung in Berlin startet die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, die nationalen Aktivitäten des Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012.

"Mit dem aktiven Altern kann man nicht früh genug beginnen. Wir müssen aufhören zu denken, es gäbe hier ein 'Wir' und dort wären die 'Alten'. Das neue 'Wir' hat keine Altersgrenze. 'Wir', das sind die, die Gesellschaft gestalten wollen, die Verantwortung tragen, die helfen und Hilfe brauchen", so Kristina Schröder.

"Aktives Altern heißt, das Leben in eigener Verantwortung zu gestalten und dabei Verantwortung im Beruf mit Familienverantwortung und zivilgesellschaftlichem Engagement zu verbinden. Dazu müssen wir den Menschen auch die Möglichkeit geben!"

Das Europäische Jahr 2012 zielt darauf die Potenziale älterer Menschen angemessen wahrzunehmen und für die Gesellschaft fruchtbar zu machen. Dazu bedarf es eines Altersbildes, das die Stärken älterer Menschen betont und dazu beiträgt, dass diese ihren Beitrag in der Gesellschaft leisten können. Auch in der Arbeitswelt gilt es, die Erfahrungen älterer Beschäftigter stärker zu nutzen. Leistungsfähigkeit, Kreativität und Innovationskraft sind auch jenseits der Lebensmitte vorhanden.

Das Europäische Jahr 2012 geht auf einen Beschluss von Ministerrat und Europäischem Parlament zurück. Das nationale Arbeitsprogramm umfasst 46 Projekte zu den Themen Teilhabe älterer Menschen in Arbeitswelt und Zivilgesellschaft, Abbau altersbezogener Klischees, Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen, Vereinbarkeit von Pflege und Beruf und Generationensolidarität. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellt für die erfolgreiche Umsetzung der Aktivitäten insgesamt 890.000 Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen unter: www.bmfsfj.de und www.ej2012.de.

Quelle: Pressemitteilung BMFSFJ Internetredaktion Nr. 13 vom 06.02.2012

[zurück](#)

ZFF-INFO NR. 03/2012
07.02.2012

(9) Bertelsmann Stiftung: Kinderarmut: Unter Dreijährige besonders stark betroffen - Große Unterschiede zwischen den Bundesländern und Regionen - Ost-West-Gefälle verringert sich / Hierzu kommentiert das ZFF

Bertelsmann Stiftung zeigt Kinderarmut für alle 412 Kreise und kreisfreien Städte - Erstmals auch Differenzierung nach Stadtvierteln möglich

Die Kinderarmut in Deutschland entwickelt sich zwar insgesamt rückläufig, doch innerhalb der Bundesländer, Landkreise und Städte klaffen die Armutsquoten weit auseinander. Dies geht aus einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung hervor, die erstmals die Armutsquoten für die Altersgruppe der unter Dreijährigen für alle 412 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland veröffentlicht hat. Die Studie zeigt auch, dass die unter Dreijährigen das höchste Armutsrisiko aller Kinder tragen.

Schon auf Länderebene weicht das Ausmaß der Kinderarmut erheblich voneinander ab. So war in Sachsen-Anhalt die Armutsquote im Jahr 2010 mit 33,2 Prozent bei den unter Dreijährigen mehr als drei Mal höher als in Bayern. Dort leben lediglich 10,1 Prozent der jüngsten Kinder in Familien, die auf staatliche Grundsicherung angewiesen sind. Das Ost-West-Gefälle ist nach wie vor stark, hat sich allerdings verringert. Während in den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) die Armutsquote bei den unter Dreijährigen um 5,3 Prozentpunkte auf 28,1 Prozent sank, ging im Westen die Quote im selben Zeitraum lediglich um 0,8 Prozentpunkte auf 17,2 Prozent zurück.

Am stärksten von Armut betroffen sind weiterhin die Kinder unter drei Jahren in Berlin (36,3 Prozent). Auch Berlin verzeichnet jedoch - wie ausnahmslos alle Bundesländer - einen Positivtrend: Zwei Jahre zuvor hatte die Armutsquote dort noch bei 39,9 Prozent gelegen. Insgesamt lebten 2010 in Deutschland 403.000 Kinder unter drei Jahren in Familien, die auf staatliche Grundsicherung angewiesen sind. Das entspricht einer bundesweiten Armutsquote von 19,8 Prozent. Zwei Jahre zuvor hatte die Quote noch bei 21,2 Prozent gelegen. Im Vergleich zur Altersgruppe der unter Dreijährigen ist der Anteil aller Kinder unter 15 Jahren, die in Armut aufwachsen, weitaus geringer: Er lag bundesweit lediglich bei 15,9 Prozent.

Noch größer als zwischen den Bundesländern sind die Differenzen zwischen den Landkreisen und Städten. Demnach stellen sich selbst in dem Bundesland mit der niedrigsten Armutsquote, in Bayern, Lebensverhältnisse von Kindern höchst unterschiedlich dar: So wuchsen nach den aktuellsten vorliegenden Regionaldaten im Jahr 2009 im Landkreis Freising 2,4 Prozent der unter Dreijährigen in armen Familien auf, in der Stadt Hof hingegen 32,4 Prozent. In allen Bundesländern gibt es Städte, in denen jedes dritte Kind unter drei Jahren in Armut lebt. Im Osten überschreitet die Armutsquote vieler Städte 40 Prozent.

Erstmals weist die Bertelsmann Stiftung exemplarisch nach, dass das Armutsgefälle innerhalb ein und derselben Stadt sogar noch erheblich höher sein kann als zwischen den Regionen. Dies zeigt sich an den Städten Heilbronn (Baden-Württemberg) und Jena (Thüringen), die den von der Bertelsmann Stiftung neu entwickelten Sozialraumatlas KECK zur Betrachtung einzelner Stadtviertel nutzen. Das Ergebnis offenbart eklatante Unterschiede in den Lebensbedingungen der heranwachsenden Generation: In manchen Stadtteilen liegt die Armutsquote von Kindern unter drei Jahren nur bei etwas über einem Prozent, in anderen bei über 50 Prozent. Die Auswertung des Sozialraumatlas soll in beiden Städten in ein Konzept münden, wie durch gezielte Angebote benachteiligte Stadtviertel gefördert werden können. Dabei wird Armut als einer von mehreren Faktoren betrachtet, die die Entwicklungschancen von Kindern stark beeinflussen.

Jörg Dräger, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, plädiert als Konsequenz aus den Armutszahlen für eine andere Verteilung der staatlichen Gelder: "Armut darf nicht in Chancenlosigkeit münden. Wo die Probleme größer sind, muss auch mehr Geld für gute Kitas und gezielte Förderung in Brennpunkten investiert werden. Gerade die frühkindliche Phase ist entscheidend für die Entwicklung eines Kindes."

Die Bertelsmann Stiftung liefert in ihrem KECK-Atlas alle relevanten Daten zur Lebenswelt von Kindern, gebündelt und grafisch aufbereitet. Im Internet ist abrufbar, welche Entwicklungschancen Kinder in den kreisfreien Städten und Kreisen haben. Der KECK-Atlas auf Sozialraumebene bietet allen Kommunen ab sofort die Möglichkeit, kostenlos ihre eigene kleinräumige Sozialberichterstattung aufzubauen. Weitere Informationen finden Sie unter www.keck-atlas.de.

Definition Kinderarmut: Grundlage der Analyse der Bertelsmann Stiftung ist die Definition, dass Kinder als arm gelten, die in Familien mit Bezug sozialstaatlicher Grundsicherungsleistungen (SGB-II-Bezug) aufwachsen. Alternativ ist Kinderarmut auf Basis des Nettoäquivalenzeinkommens von Familien quantifizierbar. Beide Ansätze treffen jedoch keine Aussage zu regionalen Unterschieden in den Lebenshaltungskosten.

Quelle: Pressemitteilung Bertelsmann Stiftung vom 01.02.2012

Hierzu kommentiert das ZFF:

Die Meldungen der letzten Wochen zur sinkenden Zahl von Kindern, die auf Hartz IV angewiesen sind, scheinen zunächst erfreulich. Schaut man genauer hin und nimmt die Ergebnisse der Bertelmann Stiftung hinzu, hat Frau von der Leyen nicht viel zu bejubeln. In Teilen der Bundesrepublik lebt jedes dritte Kleinkind in einer Hartz IV-Familie. Vielerorts fehlen genügend und qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuungsangebote. Nicht mehr von Hartz IV abhängig zu sein, bedeutet zudem noch lange nicht, nicht mehr von Armut bedroht zu sein. Nach Meinung des ZFF darf die Kinderarmut nicht verschleiert werden. Es wird dringend eine Politik benötigt, die Kinder in den Mittelpunkt stellt und die Komplexität des Problems anerkennt. Das ZFF setzt sich seit 2009 in einem Bündnis aus Verbänden und Wissenschaftler/innen für die Einführung einer Kindergrundsicherung ein. Nur so können die Widersprüche im gegenwärtigen Sozialsystem überwunden und Teilhabechancen von allen Kindern und Jugendlichen deutlich verbessert werden.

[zurück](#)

(10) Statistisches Bundesamt: Kinder unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund seltener in Kindertagesbetreuung

Kinder unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund werden deutlich seltener in einer Kindertageseinrichtung oder durch eine Tagesmutter beziehungsweise einen Tagesvater betreut als Kinder ohne Migrationshintergrund. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, lag bundesweit die Betreuungsquote der unter 3-jährigen Kinder mit Migrationshintergrund zum Stichtag 1. März 2011 bei lediglich 14 %. Bei den gleichaltrigen Kindern ohne Migrationshintergrund war sie mit 30 % mehr als doppelt so hoch. Die Betreuungsquote misst den Anteil der Kinder in Kindertagesbetreuung bezogen auf alle Kinder in der jeweiligen Bevölkerung. Bei Kindern unter 3 Jahren lag sie in Deutschland insgesamt bei etwas über 25 %.

Einem Kind wird in den Statistiken der Kindertagesbetreuung dann ein Migrationshintergrund zugeschrieben, wenn mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft ist, das heißt Mutter und/oder Vater aus dem Ausland stammen. Die Staatsangehörigkeit der Eltern oder des Kindes spielt dabei keine Rolle.

Im Alter von 3 bis 5 Jahren lag die Betreuungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund mit 85 % ebenfalls deutlich unter der Quote von Kindern ohne Migrationshintergrund (97 %). Die durchschnittliche Betreuungsquote aller Kinder in dieser Altersgruppe lag bei 93 %.

Bei einem Vergleich mit den beiden Vorjahren zeigt sich, dass bei den unter 3-Jährigen die Betreuungsquote gestiegen ist, sowohl bei Kindern mit Migrationshintergrund (+ 3 Prozentpunkte) als auch bei Kindern ohne Migrationshintergrund (+ 5 Prozentpunkte). Die Betreuungsquote bei Kindern zwischen 3 und 5 Jahren ist zwischen 2009 und 2011 weitgehend konstant geblieben.

Eine Tabelle bietet die Online-Fassung dieser Pressemitteilung unter www.destatis.de.

Methodischer Hinweis

Die Anzahl der Kinder mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland wurde für die vorliegende Darstellung durch die Auswertung von Mikrozensus und Bevölkerungsstatistik nach der Abgrenzung der Statistiken der Kindertagesbetreuung ("mindestens ein Elternteil ist ausländischer Herkunft") ermittelt.

Diese Abgrenzung unterscheidet sich geringfügig von der im Mikrozensus verwendeten, da dort eine noch detailliertere Befragung der Auskunftpflichtigen möglich ist. Deshalb ist ein Vergleich mit anderen Ergebnissen zum Migrationshintergrund nicht möglich.

Ergebnisse zu einzelnen Bundesländern für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung sind abrufbar unter www.destatis.de.

Quelle: Pressemitteilung Statistisches Bundesamt Nr.39 vom 02.02.2012

[zurück](#)

(11) Statistisches Bundesamt: Zahl der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gestiegen

Die Gesamtzahl der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen der Kindertagesbetreuung) in Deutschland erhöhte sich zum Jahresende 2010 gegenüber 2006 - dem Zeitpunkt der letzten Erhebung - um rund 5 % auf 29 200. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, sank dabei die Zahl der Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft um 1,8 %. Die freien Träger betrieben dagegen 4,6 % mehr Einrichtungen als vier Jahre zuvor; ihr Anteil an den Einrichtungen insgesamt lag bei rund 76 %. Daneben gab es 2010 weitere fast 3 500 Einrichtungen und Geschäftsstellen der Jugendhilfeverwaltung (+ 21,9 % gegenüber 2006).

Zu den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zählen unter anderem Einrichtungen für Heimerziehung, Jugendarbeit, Frühförderung sowie Jugendzentren und Jugendräume, Familienferienstätten und Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen.

Die Zahl der Beschäftigten in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (ohne hauswirtschaftliches und technisches Personal) stieg bundesweit gegenüber 2006 auf 195 200 Personen (+ 15,3 %). Davon waren fast 50 000 Personen in der Heimerziehung tätig, mehr als 20 000 in der freizeitbezogenen offenen Jugendarbeit.

Rund 89 800 Beschäftigte (46 %) hatten einen Hochschulabschluss. 41 400 (21 %) waren Erzieher und Erzieherinnen.

Detaillierte Ergebnisse der Statistiken zu den Einrichtungen und tätigen Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Tageseinrichtungen für Kinder) finden sich im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de, Pfad: Startseite > Publikationen > Fachveröffentlichungen > Sozialleistungen > Kinder- und Jugendhilfe.

Quelle: Pressemitteilung Statistisches Bundesamt Nr.39 vom 02.02.2012

[zurück](#)

(12) Im Bundestag notiert: Sprachförderung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat im vergangenen Jahr 10,26 Millionen Euro in frühkindliche Bildung, inklusive Sprachförderung, investiert. Wie aus der Antwort der Bundesregierung (17/8336) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/8208) weiter hervorgeht, waren es 2010 5,91 Millionen und im Jahr 2004 0,18 Millionen Euro.

Quelle: hib – heute im bundestag Nr. 061 vom 06.02.2012

[zurück](#)

(13) Bundestag: Regierung: Bevölkerung geht laut Modellberechnungen bis 2060 auf 65 bis 70 Millionen zurück

Die Bevölkerung in Deutschland wird laut Bundesregierung nach Modellberechnungen des Statistischen Bundesamtes bei Fortsetzung der aktuellen demografischen Trends bis 2060 auf 65 bis 70 Millionen Menschen zurückgehen. „Das wären bis zu 17 Millionen Einwohner weniger oder ein Rückgang um 14 Prozent bis 21 Prozent innerhalb von 50 Jahren“, schreibt die Regierung in ihrer Antwort (17/8372) auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion (17/6377). Danach nimmt die Bevölkerung seit dem Jahr 2003 ab und ist mit Stand vom März vergangenen Jahres auf 81,7 Millionen Einwohner gesunken, weil die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten immer mehr übersteigt und die hohen Sterbefallüberschüsse seit 2003 nicht mehr von Wanderungsüberschüssen ausgeglichen werden, also der positiven Differenz zwischen Zuzügen nach und Fortzügen aus Deutschland.

Wie aus der Antwort weiter hervorgeht, wird der Rückgang der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter ab dem Jahr 2015 aufgrund des Eintritts der geburtenstarken Jahrgänge in das Rentenalter deutlich schneller verlaufen als der Rückgang der Gesamtbevölkerung. Dabei haben der Regierung zufolge die Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung in den vergangenen Jahren, insbesondere die schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre, die „Basis für langfristig tragbare Rentenfinanzen geschaffen“. Die „Rente mit 67“ werde „nicht nur dazu beitragen, dass Arbeitnehmer künftig länger arbeiten“, sondern in den kommenden Jahren auch zu einer spürbaren Entlastung der öffentlichen Haushalte führen.

ZFF-INFO NR. 03/2012 07.02.2012

„Elementar verändern“ wird sich laut Vorlage auch der Altersaufbau der Bevölkerung. Bereits in den kommenden beiden Jahrzehnten werde der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung deutlich steigen. Heute bestehe sie mit jeweils einem Fünftel noch fast zu gleichen Teilen aus Kindern und jungen Menschen unter 20 Jahren und aus 65-Jährigen und Älteren. Im Jahr 2030 würden die 65-Jährigen und Älteren bereits etwa 29 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Im Jahr 2060 werde dann jeder Dritte (34 Prozent) 65 Jahre oder älter sein.

Mit der wachsenden Zahl alter und hochbetagter Menschen wird den Angaben zufolge in den nächsten Jahren auch die Zahl der Pflegebedürftigen zunehmen. Nach Vorausberechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder werde ein Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen von derzeit rund 2,42 Millionen auf rund 2,9 Millionen bis zum Jahr 2020 und auf rund 3,37 Millionen bis zum Jahr 2030 prognostiziert. Dabei gehe diese Vorausberechnung von gleichbleibenden altersspezifischen Pflegequoten aus. Wenn es gelinge, mit der steigenden Lebenserwartung auch den Eintritt von Pflegebedürftigkeit in ein durchschnittlich höheres Lebensalter zu verschieben, könne der Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen auch geringer ausfallen.

Als einen weiteren Aspekt des demografischen Wandels nennt die Bundesregierung die steigende Mobilität Älterer. Zudem werde der Bedarf nach Sicherheit und Barrierefreiheit ebenso wachsen wie die Bedeutung von Service- und Lieferverkehr. Trotz abnehmender Bevölkerungszahlen werde auch die Zahl der privaten Haushalte in den nächsten Jahren noch weiter steigen. Mit dem Anwachsen kleiner Haushalte wachse die Nachfrage nach Wohnraum pro Kopf und damit die Wohnraumnachfrage insgesamt an. Angesichts der steigenden Seniorenzahlen sei auch der altersgerechte Umbau von Wohngebäuden und Stadtquartieren von zunehmender Bedeutung.

Quelle: hib – heute im bundestag Nr. 056 vom 31.01.2012

[zurück](#)

(14) Bundestag: Ministerin Schröder präsentiert Vorhaben für 2012

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) hält unverändert an der Einführung des umstrittenen Betreuungsgeldes im Jahr 2013 fest. Dies teilte Schröder am Mittwoch vor dem Familienausschuss mit, den sie über die Vorhaben ihres Ministerium im Jahr 2012 informierte. Nach Aussage der Ministerin stehen die Eckpunkte fest, das Gesetz werde noch in diesem Jahr auf den Weg gebracht. So sollen Eltern, die keinen Betreuungsplatz für ihr Kind in Anspruch nehmen, ab 2013 zunächst 100 Euro monatlich für das zweite Lebensjahr des Kindes erhalten, ab 2014 dann 150 Euro für das zweite und dritte Lebensjahr des Kindes. Mit dem Betreuungsgeld würde den Eltern die Wahl gelassen, ob ihr Kind in einer Kindertagesstätte betreut werden soll oder ob sie dies selbst daheim tun wollen. Mahnende Worte richtete die Kristina Schröder an die Bundesländer. Noch immer seien nicht alle Bundesmittel für den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren ausgeschöpft. Rund 500 Millionen Euro, dies entspreche 23 Prozent der insgesamt zur Verfügung stehenden Bundesmittel – seien noch nicht beantragt worden.

Wenn einzelne Länder die Mittel nicht abriefen, würden sie an andere Länder verteilt, drohte die Ministerin. Schröder zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass der gesetzlich garantierte Anspruch auf einen Betreuungsplatz ab 2013 auch erfüllt werde. Die angestrebten 750.000 Plätze entsprächen einer Betreuungsquote von rund 40 Prozent. Dies sei ausreichend.

Mehr staatliche Unterstützung sollen Paare erhalten, die aus medizinischen Gründen keine Kinder bekommen können. Viele dieser Kinderlosen könnten eine entsprechende Behandlung finanziell nicht stemmen, argumentierte Schröder. Die Ministerin präferiert ein System, bei dem 50 Prozent der Behandlungskosten bei den ersten drei Versuchen einer Schwangerschaft von der gesetzlichen Krankenkasse getragen werden und die anderen 50 Prozent je zur Hälfte vom Bund und den Bundesländern. Sachsen und Sachsen-Anhalt hätten bereits ihr Interesse an einem solchen Modell bekundet, sagte Kristina Schröder.

Eine gesetzliche Regelung strebt Schröder nach eigenem Bekunden für sogenannte „vertrauliche Geburten“ an. Dies soll es ermöglichen, dass eine Frau ein Kind im Krankenhaus entbinden kann ohne dass ihre Daten an die Meldeämter weitergeleitet werden und ihre Anonymität gegenüber ihren übrigen Familienangehörigen gewahrt bleibt. Im Gegenzug soll das Kind allerdings nach 12 bis 14 Jahren das Recht haben, die Daten über die Mutter einzusehen und so Informationen über die eigene Herkunft zu erhalten. Der gesamte Komplex müsse „aus der Grauzone raus“ argumentierte Schröder. Babyklappen und anonyme Geburten seien zwar in Notsituationen hilfreich. Allerdings gelte es, auch die Rechte des Kindes zu wahren. Vor allem müsste Sorge getragen werden, dass schwangere Frauen zur Entbindung ins Krankenhaus kommen. Dort sei es auch einfacher, die Frauen umfassend über Hilfsangebote zu informieren, wenn sie das Kind doch nicht zur Adoption frei geben wollen. Änderun-

ZFF-INFO NR. 03/2012
07.02.2012

gen will Schröder auch beim Adoptionsrecht bewirken. Dies müsse besser an die Lebenswirklichkeit angepasst werden.

Als weitere Vorhaben benannte Ministerin Schröder die Einführung der Flexi-Quote für Frauen in börsennotierten Unternehmen, den Ausbau des Bundesfreiwilligendienstes, die Zusammenführung der Ausbildung bei den Pflegeberufen, die Weiterführung des Programms „Mehr Männer in Kitas“ und der Mehrgenerationenhäuser, die Freischaltung des Nothilfetelefon für Frauen in Not zum Ende des Jahres 2012, die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, die Entschädigung von sexuell missbrauchten Kindern in Heimen und Erziehungseinrichtungen der DDR sowie die Prävention gegen Rechtsextremismus.

Quelle: hib – heute im bundestag Nr. 043 vom 25.01.2012

[zurück](#)

Infos aus anderen Verbänden

(15)AWO Sozialbarometer: Mehrheit findet Deutschland familienunfreundlich

„Das Ergebnis überrascht leider nicht“, so der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler angesichts des aktuellen AWO Sozialbarometers, wonach 55 Prozent der Befragten Deutschland als „nicht familienfreundlich“ einstufen.

Mangelnde und mangelhafte Angebote für Familien stünden im großen Kontrast zu der grundlegenden Bedeutung von der Institution Familie innerhalb der Bevölkerung. „Alle zusammen, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, müssen deshalb gemeinsam dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland verbessert werden“, betont Stadler. Dies beginne mit der kostenfreien und flächendeckenden Kinderbetreuung und Bildungsangebote von Anfang an, bis hin zu Möglichkeiten der Unterstützung pflegebedürftiger Familienmitglieder. „Dafür muss Geld in Hand genommen werden; muss sich mancherorts ein Mentalitätswandel vollziehen. Doch nur so schaffen wir ein offenes Klima für Kinder und Familie, wie es angemessen ist“, unterstreicht der AWO Bundesvorsitzende.

Im Kontrast zu der negativen Gesamteinschätzung jener Altersgruppen, die in den meisten Fällen Erfahrung mit einer eigenen Familie haben, ist eines auffällig: Die 18 bis 29-Jährigen sind mehrheitlich (67 Prozent) der Ansicht, es gehe familienfreundlich in Deutschland zu. „Dies mag unterschiedliche Gründe haben“, so Wolfgang Stadler. Wahrscheinlich müsse man davon ausgehen, dass in den meisten Fällen noch keine Erfahrung mit eigenen Familiengründungen gemacht worden ist.

Die AWO fragte 1.000 Menschen: Wenn Sie an die allgemeine Stimmung in Deutschland denken. Meinen Sie, dass Deutschland im Großen und Ganzen ein familienfreundliches Land ist oder kein familienfreundliches Land?

- Deutschland ist familienfreundlich
- Deutschland ist nicht familienfreundlich
- **weiß nicht
- **keine Angabe

Die Studie wurde von TNS-Infratest durchgeführt.

Weitere Informationen unter www.awo-sozialbarometer.org

Quelle: Pressemitteilung AWO Bundesverband e.V. vom 06.02.2012

[zurück](#)

(16)AWO: Kinder mit Migrationshintergrund selten in Kinderbetreuung

„Eine frühzeitige Betreuung ist insbesondere für den Spracherwerb wichtig“, kommentiert der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler die heute bekanntgegebenen Zahlen zur Kinderbetreuung von Kindern mit Migrationshintergrund. Demnach wird nur jedes siebente Kinder unter drei Jahren (14 Prozent), das einen Migrationshintergrund hat, in einer Kita oder von einer Tagesmutter betreut. Die

ZFF-INFO NR. 03/2012 07.02.2012

Quote bleibt damit deutlich hinter der von Kindern ohne Migrationshintergrund (30 Prozent) zurück.

„Die Zahlen zeigen, dass der ab nächstem Jahr geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr richtig und wichtig ist. Dann haben viel mehr Eltern die Möglichkeit, ihre Kinder in einer Kita oder in der Kindertagespflege betreuen und fördern zu lassen“, betont Stadler und fügt hinzu: „Das schafft gerechte Bildungsvoraussetzungen für alle Kinder.“

„Der Handlungsbedarf ist riesig und er ist dringend“, erklärt der AWO Bundesvorsitzende. Erst kürzlich wurde festgestellt, dass jedes dritte Vorschulkind eine Sprachentwicklungsstörung hat*. Die Schulleistungsstudien PISA und IGLU haben belegt, dass neben dem Migrationshintergrund, die soziale Herkunft in Deutschland eine entscheidende Rolle für die Bildungschancen von Kindern spielt. „Die Quote der Kinder, die in Hartz-IV-Familie aufwächst, mag zuletzt minimal gesunken sein, doch wenn in Berlin 36 Prozent oder in Gelsenkirchen 40 Prozent aller unter 3-jährigen in Hartz-IV-Familien aufwachsen, ist das eine Katastrophe. Diesen Familien müssen Angebote gemacht werden. Jeder Euro, der in die frühe Förderung der Kinder investiert wird, zahlt sich später aus“, ist sich Stadler sicher.

Er sieht das Kernproblem im schleppenden Ausbau der U3-Betreuung, der zumeist an der Finanzierung scheitert. „Gerade die klammen Kommunen haben oft kaum Mittel, um in die notwendige Förderung der Kinder zu investieren. Bund, Länder und Kommunen müssen an einen Tisch, damit alle Kinder die gleichen Bildungschancen bekommen, denn Bildung verhindert Armut“, betont der AWO Bundesvorsitzende.

In diesem Zusammenhang warnt der AWO Bundesvorsitzende vor der Einführung des geplanten Betreuungsgeldes. „Es steht im Widerspruch zu allen bildungs- und migrationspolitischen Zielen unserer Zeit“, kritisiert Stadler.

Quelle: Pressemitteilung AWO Bundesverband e.V. vom 02.02.2012

[zurück](#)

(17)djb: 10 Jahre Gewaltschutzgesetz - häusliche Gewalt ist keine Privatsache mehr

Am 1. Januar 2002 trat in Deutschland aufgrund einer Initiative von Frauen aus allen Fraktionen das Gewaltschutzgesetz (GewSchG) in Kraft. Dieser Zeitpunkt markiert für Deutschland einen Paradigmenwechsel: Wurde häusliche Gewalt bis dahin als Privatangelegenheit angesehen, die die Beteiligten unter sich auszutragen hatten, so wurde nun der Schutz davor zur staatlichen Aufgabe. Nach dem GewSchG können von häuslicher Gewalt betroffene Frauen eine Schutzanordnung vom Amtsgericht erlangen, die dem Antragsgegner Kontaktaufnahmen jeglicher Art untersagt sowie Annäherungen, Bedrohungen und Verletzung unter Strafandrohung verbietet. Dies war schon deshalb dringend nötig, weil Täter die vorherige Zurückhaltung der Gesellschaft und des Staates gegenüber häuslicher Gewalt als Bestätigung ihres kriminellen Handelns missverstanden haben.

"Häusliche Gewalt, auch als Partnerschaftsgewalt bezeichnet, ist ein Gift, das die kleinste Einheit der Gesellschaft, die Familie, oder den sozialen Nahraum als Rückzugs- und Sicherheitsraum zerstört, die Frauen gefährdet und verletzt sowie die in diesem Beziehungsgeflecht lebenden Kinder und Jugendlichen in ihrer Entwicklung nachhaltig zu schädigen vermag", so Dagmar Freudenberg, Vorsitzende der Kommission Strafrecht des Deutschen Juristinnenbunds (djv). "Allerdings sind mit der Verabschiedung des Gewaltschutzgesetzes nicht alle Probleme des Phänomens häusliche Gewalt gelöst, auch wenn die Änderung der Zuständigkeiten durch das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) viele zeitraubende Zuständigkeitsstreitigkeiten gelöst hat", so Susanne Köhler, Rechtsanwältin und Vorsitzende der Fachkommission Gewalt gegen Frauen und Kinder des djv. Beide sehen weiteren Reformbedarf: "Die Strafvorschrift des § 4 GewSchG, mit der ein Strafraum von Geldstrafe oder Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr bei Verstößen gegen eine zivilrechtliche Gewaltschutzanordnung angedroht wird, qualifiziert diese Straftat als Bagatelldelikt und gibt ihr damit in der Strafverfolgung ein geringeres Gewicht als der Fischwilderei. Nicht zuletzt aus diesem Grund werden in der Praxis immer noch Fälle häuslicher Gewalt von der Staatsanwaltschaft wegen Geringfügigkeit eingestellt", so die Strafrechtlerin Dagmar Freudenberg. "Der Schutz von Kindern und Jugendlichen im Familienverbund ist vom Gewaltschutzgesetz ausgenommen und kann über die familienrechtlichen Vorschriften der §§ 1666, 1666a BGB nicht hinreichend gewährleistet werden", ergänzt die Familienrechtlerin Susanne Köhler. Nach der Auswertung der Länderumfrage des djv 2011 wird der djv Vorschläge zur weiteren Verbesserung von Intervention und Prävention bei häuslicher Gewalt erarbeiten und notwendige Reformen vorantreiben.

Quelle: Pressemitteilung Deutscher Juristinnenbund e.V. vom 31.01.2011

[zurück](#)

(18)BAGSO: Altersgrenzen haben in einem Europäischen Jahr für aktives Altern keinen Platz!

In einem Grundsatzpapier fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), die über ihre 109 Mitgliedsverbände rund 13 Millionen ältere Menschen in Deutschland vertritt, Altersgrenzen aufzuheben und die mit ihnen verbundene Altersdiskriminierung zu beenden. „Altersgrenzen werden der höchst unterschiedlichen Entwicklung von Menschen nicht gerecht und sind in höchstem Maße diskriminierend. Zudem verhindern sie, dass ältere Menschen ihre Kenntnisse und Kompetenzen in die Gesellschaft einbringen können. Und das können wir uns als alternde Gesellschaft gar nicht leisten“, so die Vorsitzende der BAGSO und frühere Bundesfamilienministerin Prof. Dr. Ursula Lehr.

Auf der Grundlage eines einheitlichen Bezugspunktes für die Rentenberechnung (Regelaltersgrenze) sprechen sich die Seniorenorganisationen für eine Flexibilisierung von Lebensarbeitszeiten auf freiwilliger Basis aus. Flankiert werden muss dies durch die Einführung eines – das gesamte Arbeitsleben begleitenden – Alternsmanagements in Betrieben. Starre Altersgrenzen für bestimmte Berufe stellen eine unverhältnismäßige Einschränkung des Grundrechts auf Berufsausübung dar.

Auch für den Bereich des ehrenamtlichen Engagements spricht sich die BAGSO für ein Umdenken aus.

Weiter plädieren die Seniorenorganisationen für einen erweiterten Diskriminierungsschutz im Bereich des Zugangs zu Dienstleistungen. So müssen Banken und Versicherungen zu mehr Transparenz verpflichtet werden, um ungerechtfertigte Ungleichbehandlungen erkennen und verhindern zu können.

Sie finden das Positionspapier in einer höheren Auflösung unter www.bagso.de sowie unter www.bagso.de/publikationen/positionen.html.

Quelle: Pressemitteilung BAGSO vom 23.01.2012

[zurück](#)

(19)BAGSO und FfG: Aktives Altern – ein Gewinn für den Einzelnen und für die Gesellschaft

Zum Beginn des „Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“, das heute in Berlin mit einer Auftaktveranstaltung eingeleitet wurde, rufen die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) und die Forschungsgesellschaft für Gerontologie an der TU Dortmund (FfG) dazu auf, „Aktives Altern“ in einem umfassenden Sinn zu verstehen.

„Aktivität ist Voraussetzung für ein gesundes und kompetentes Altern – und das ist eine lebenslange Aufgabe. Aktives Altern betrifft daher alle Generationen“, so die BAGSO-Vorsitzende und Gerontologin Prof. Dr. Ursula Lehr.

Wichtig ist darüber hinaus, ältere Menschen weder einseitig als Empfänger noch einseitig als Erbringer von Leistungen anzusehen, sondern ihre Potenziale und Bedarfe gleichermaßen in den Blick zu nehmen. „Das Europäische Jahr darf nicht dazu beitragen, dass die Älteren in zwei Gruppen geteilt werden, in die Kompetenten und die Hilfsbedürftigen“, warnt die frühere Bundesfamilienministerin Lehr. „Vielmehr müssen wir alle Gruppen im Blick haben, unabhängig von ihrem Alter, ihrer sozialen Lage, körperlichen und geistigen Einschränkungen oder ihrem kulturellen Hintergrund.“

Ebenso wenig dürfen wir ältere Menschen auf bestimmte gesellschaftliche Rollen beschränken. Es ist erfreulich, dass sie heute in erheblichem Maße Familienarbeit leisten und damit wesentlich zur Entlastung der mittleren Generation beitragen. Immerhin engagiert sich ein Drittel von ihnen auch außerhalb der Familie ehrenamtlich. „Nachholbedarf haben wir in Deutschland nach einer langen Phase der Frühverrentungspolitik bei der Integration Älterer in den Arbeitsmarkt“, so der Sozialgerontologe und Leiter des FfG, Prof. Dr. Gerhard Naegele. „Wichtige Rollen übernehmen ältere Menschen aber auch durch ihr politisches Engagement oder bei der Weiterentwicklung von Produkten und Dienstleistungen, hier sind sie Experten in eigener Sache.“

Es ist sinnvoll, aber nicht ausreichend, für ein aktives Altern im Sinne einer Selbst- und Mitverantwortung für andere zu werben. „Entscheidend sind das Setzen von Rahmenbedingungen und das Schaffen von Angeboten zum Mitmachen, zum Aktiv-Werden, zum Sich-Einmischen“, so Naegele.

Ältere Menschen sind bereit, ihren Beitrag zur Solidarität zwischen den Generationen zu leisten. Umgekehrt sollten diejenigen, die zur jungen oder mittleren Generation gehören, auch Solidarität mit den Älteren zeigen und wachsam gegenüber möglichen Altersdiskriminierungen sein.

ZFF-INFO NR. 03/2012
07.02.2012

Quelle: Pressemitteilung Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) und die Forschungsgesellschaft für Gerontologie an der TU Dortmund (FfG) vom 06.02.2012

[zurück](#)

(20) Verband binationaler Familien und Partnerschaften: Nationaler Aktionsplan Integration bleibt hinter Realität zurück

Familiensprachen werden diskreditiert

In ihrer Presseerklärung vom 31. Januar 2012 zum Nationalen Aktionsplan Integration betont Staatsministerin Maria Böhmer im Hinblick auf Sprachförderung die "... erhebliche Bedeutung, ob die Umgangssprache in der Familie Deutsch ist." Was verbirgt sich hinter diesem auf den ersten Blick harmlosen Satz? Sollen Eltern zuerst Deutsch lernen, bevor sie mit ihren Kindern sprechen? Haben andere Familiensprachen weniger Wert als Deutsch?

Diese Fragen treiben Maria Ringle, im Verband binationaler Familien und Partnerschaften für Bildung zuständig, um. Sie hat für den Nationalen Aktionsplan Integration im Dialogforum "Frühkindliche Bildung" mitgearbeitet und sich dafür stark gemacht, dass wissenschaftlich erwiesene Kenntnisse berücksichtigt werden.

Entsprechend heißt es im Text des Dialogforums zum Aspekt Sprache: „Der Förderung der Sprachentwicklung (...) von Anfang an, insbesondere der Muttersprache und der deutschen Sprache, kommt eine Schlüsselrolle zu.“ Die Förderung der Muttersprachen steht also nicht im Gegensatz zur Förderung der deutschen Sprache, entscheidend ist ein sowohl - als auch.

Hinter diese Erkenntnisse fällt die Presseerklärung der Bundesregierung zurück. Sie suggeriert, dass Eltern ihre Mitwirkung bei der Integration verweigern, wenn sie mit ihren Kindern in anderen Sprachen sprechen. Dagegen haben Sprachwissenschaftler nachgewiesen, dass der kindliche Spracherwerb vor allem durch viel Kommunikation in einer positiven emotionalen Beziehung unterstützt wird. Wie soll dies in einer „verordneten Sprache“ gelingen?

Die UN Kinderrechtskonvention formuliert in Artikel 29 das Recht von Kindern auf ihre Muttersprachen unmissverständlich. Auch die Bundesregierung sollte sich dem verpflichtet fühlen.

Quelle: Pressemitteilung Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. vom 12.01.2012

[zurück](#)

(21) Deutscher Frauenrat: Rechtsanspruch auf Betreuungsplatz darf nicht auf der Strecke bleiben

Deutscher Frauenrat unterstützt DGB-Forderung nach Krippengipfel

Der Deutsche Frauenrat begrüßt die Forderung des DGB, Bund, Länder und Kommunen auf einem „Krippengipfel“ zusammenzubringen, um dort die konkrete Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren voranzutreiben. Dieser soll von 2013 an gelten.

„Es wird höchste Zeit, dass sich die Verantwortlichen aller Ebenen zusammensetzen, wenn dieser Anspruch fristgerecht umgesetzt werden soll“, sagte die Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, Marlies Brouwers vor dem Hintergrund, dass derzeit immer noch 230.000 Betreuungsplätze und jährlich mindestens 9.000 ErzieherInnen fehlen, wie das Deutsche Jugendinstitut berechnet hat.

„Wenn Länder und Kommunen die finanzielle Last nicht stemmen können, dann muss der Bund seinen Anteil aufstocken, nämlich um die zwei Milliarden, die für das umstrittene Betreuungsgeld geplant sind. Es wäre politisch unverantwortlich, wenn ein so sinnvolles Vorhaben wie der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren auf der Strecke bliebe wegen des Betreuungsgeldes. Es ist ein unsinniges Projekt, das bekanntlich von der gesellschaftlichen Mehrheit nicht getragen wird“, so die Vorsitzende der Frauenlobby weiter.

Der Deutsche Frauenrat hat sich in der Vergangenheit immer wieder gegen das Betreuungsgeld ausgesprochen. Er fordert stattdessen flächendeckend qualitativ hochwertige Kindertageseinrichtungen für alle Altersstufen, besonders aber für Kinder unter drei Jahren.

Quelle: Pressemitteilung Deutscher Frauenrat e.V. vom 27.01.2012

[zurück](#)

(22) UNICEF: Deutschland kindergerechter gestalten

UNICEF-Schirmherrin Bettina Wulff und der Vorsitzende von UNICEF Deutschland, Dr. Jürgen Heraeus, rufen gemeinsam dazu auf, benachteiligte Kinder zu stärken und Deutschland kindergerechter zu gestalten.

Beim Neujahrsgespräch trafen sich Experten aus Wissenschaft, Politik und aus der Praxis der Kinder- und Familienhilfe am 24. Januar in Schloss Bellevue. Im Mittelpunkt stand der soeben veröffentlichte UNICEF-Bericht zur Lage von Kindern in Deutschland 2011/2012. „Kinder werden in Deutschland leider allzu oft als Störfaktoren wahrgenommen. Wenn Kinder fühlen, dass sie wertgeschätzt werden, so lernen sie gleichzeitig auch, andere wertzuschätzen“, erklärte UNICEF-Schirmherrin Bettina Wulff. „Das Aufwachsen von Kindern ist in Deutschland zum Glück keine Frage des Überlebens, wie in den Entwicklungsländern. Aber es ist eine Frage der Teilhabe und des Zusammenhalts unserer Gesellschaft“, sagte Dr. Jürgen Heraeus. Der UNICEF-Vorsitzende unterstrich, dass Kindertagesstätten und Schulen einen wichtigen Beitrag leisten, um die Chancen für benachteiligte Kinder zu verbessern. Doch Investitionen in Bildung und Förderung allein können Defizite aufgrund mangelnder Teilhabe der Eltern – zum Beispiel durch Arbeitslosigkeit – nicht kompensieren. „Wenn in manchen Bundesländern jedes vierte oder fünfte Kind in einer Familie aufwächst, in denen kein Elternteil Arbeit hat, ist dies ein Alarmsignal. Für Eltern, die resigniert haben, ist es schwer, ihren Kindern Zuversicht und Selbstverantwortung zu vermitteln. Die Bildungspolitik muss deshalb durch eine kluge Arbeits- und Sozialpolitik in den Gemeinden ergänzt werden“, betonte Dr. Heraeus.

Das Forscherteam um den Berliner Soziologen Prof. Dr. Hans Bertram hatte in dem UNICEF-Bericht zur Lage von Kindern in Deutschland 2011/2012 deutliche Unterschiede bei den Teilhabechancen von Kindern aufgezeigt. So wird zum Beispiel die relative Kinderarmut in den westdeutschen Bundesländern vielfach unterschätzt. Starke Einfluss auf das Wohlbefinden der Kinder haben nach der Studie eine hohe Arbeitslosigkeit, ein Mangel an Ausbildungsplätzen, ein hoher Anteil von Kindern in relativer Armut und bei Alleinerziehenden sowie ein unfriedliches Schulklima.

UNICEF rief anlässlich des Neujahrsgesprächs dazu auf, den Rechten von Kindern in Deutschland insgesamt mehr Nachdruck zu verleihen. Kinder und Jugendliche müssen auch stärker darin unterstützt werden, sich selbst für ihre Anliegen zu engagieren.

Quelle: Pressemitteilung UNICEF vom 24.01.2012

Termine und Veranstaltungen

(23) BMFSFJ und BDA Tagung 'Familienbewusste Arbeitszeitorganisation der Zukunft'

Termin: 10. Februar 2012

Veranstalter: BMFSFJ und Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Ort: Berlin

Bei der Tagung soll die Vielfalt bereits bestehender betrieblicher Lösungen für innovative Arbeitszeitmodelle in unterschiedlichen Branchen aufgezeigt und gleichzeitig über aktuelle und künftige Herausforderungen einer familienbewussten Arbeitszeitorganisation diskutiert werden.

Weitere Informationen: www.beruf-und-familie.de

[zurück](#)

(24) FES: Vater Morgana? - Veranstaltung zu "5 Jahre Elterngeld"

Termin: 27. Februar 2012

Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Ort: Berlin

Vor fünf Jahren wurde das Elterngeld eingeführt - mitsamt der im Vorfeld heiß diskutierten "Partnermonate". Was ist seitdem geschehen? Wie haben sich Geschlechterrollenbilder gewandelt, wie hat

ZFF-INFO NR. 03/2012
07.02.2012

sich die Arbeitsteilung in den Familien geändert? Wie sehen die aktiven Väter sich selber, was erwarten sie von der Politik? Und was sagen die Mütter: Sind die neuen Väter für sie nur eine "Vater Morgana" oder tatsächlich gelebter Familienalltag?

Weitere Informationen: www.fes.de

[zurück](#)

(25)DGD-Jahrestagung 2012: Wiederanstieg oder Stagnation der Geburtenrate?

Termin: 14. - 16. März 2012

Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für Demographie e.V.

Ort: Berlin

Weitere Informationen: www.demographie-online.de

[zurück](#)

Hinweis: Für die veröffentlichten Links und Inhalte Dritter übernehmen wir keine Haftung.



zukunftsforschung
familie e.v.

Weitere Informationen: <http://www.zukunftsforschung-familie.de>

„Das ZFF feiert 2012 sein zehnjähriges Bestehen! Der familienpolitischer Fachverband wurde im Oktober 2002 in Berlin auf Initiative der Arbeiterwohlfahrt gegründet.“